



Demonstration an einem Strand in Brasilien.

Zivilgesellschaftliche Handlungsräume erhalten

Der Handlungsspielraum wird enger für viele Initiativen, die sich für Umwelt oder Menschenrechte engagieren. **Christine Meissler** skizziert die Entwicklung der vergangenen Jahre.

Im »Atlas der Zivilgesellschaft« zeigt »Brot für die Welt« seit sechs Jahren unter welchen Bedingungen die weltweite Zivilgesellschaft arbeiten kann. Der Befund im aktuellen Atlas, der im März 2024 veröffentlicht wurde: Das Engagement wird immer schwieriger. Sieben Länder, darunter auch Deutschland, stiegen im Ranking des »CIVICUS Monitors«, Datengrundlage für den Atlas, ab. Gründe für die deutsche Abwertung sind vor allem die Einschränkungen der Klimaproteste und Verletzungen des Versammlungsrechts.

Das Recht, friedlich für Klimaschutz zu protestieren wird auch in Ländern wie Frankreich und Großbritannien immer mehr eingeschränkt – obwohl der Schutz unserer Lebensgrundlage wichtiger denn je ist. Im diesjährigen Schwerpunkt des »Atlas der Zivilgesellschaft« weiten wir den Blick und zeigen, wie sich Aktivist*innen auch in anderen Weltregionen für den Schutz natürlicher Ressourcen, der Umwelt und des Klimas

einsetzen, wie sie verfolgt und unterdrückt werden, aber auch was sie erreichen können.

Dass es Entwicklungen gibt, die Mut machen, zeigt auch der Blick nach Afrika: dort verbesserten sich mit Benin, Lesotho, Madagaskar und dem nordafrikanischen Libyen vier Länder im Ranking, während mit Senegal nur ein Land absteigt. Erschreckend wird es jedoch, wenn wir uns den Zeitverlauf anschauen: Die Weltkarte des Atlas wurde in den vergangenen Jahren immer weniger »grün«, stattdessen immer »oranger« – die Zivilgesellschaft insgesamt also immer unfreier und massiver unterdrückt.

Verdopplung der unterdrückten Gesellschaften

2019 lebten noch circa 4 Prozent der Menschen in »grünen«, also Staaten mit offenen zivilgesellschaftlichen Handlungsräumen, wo Grundfreiheiten weitgehend ohne rechtliche oder praktische

Hürden garantiert werden. Ende 2023 sind es nur noch 170 Millionen Menschen beziehungsweise circa 2 Prozent der Weltbevölkerung. Mit 2,8 Milliarden Menschen (36 Prozent der Weltbevölkerung) war vor fünf Jahren die bevölkerungsstärkste Kategorie »beschränkt« beziehungsweise »gelb«; also Länder, in denen eine Kombination aus rechtlichen und praktischen Einschränkungen dokumentiert werden, etwa durch Überwachung, bürokratische Schikanen, hohe Kontrollen und Berichtspflichten, Polizeigewalt bei Demonstrationen und eingeschränkte Pressefreiheit. Während diese Gruppe in den vergangenen fünf Jahren stetig kleiner wurde – die Zahl hat sich mehr als halbiert – verdoppelte sich die Zahl der Menschen in Ländern mit unterdrückter Zivilgesellschaft (circa 40 Prozent). Dort wird Kritik an den Machthabenden durch Journalist*innen, Aktivist*innen oder Menschenrechtsverteidiger*innen fast unmöglich gemacht. Sie werden eingeschüchtert, inhaftiert,

verletzt oder sogar getötet. Repressive NGO-Gesetze verhindern häufig die Arbeit von unabhängigen Vereinen oder sorgen für ihre Schließung.

Unabhängiges Engagement ist in Gefahr

In vielen Kontexten wird unabhängiges kritisches Engagement und vor allem Menschenrechtsarbeit fast unmöglich. Verhaftungen und Verurteilungen von Aktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen, aber auch Verbote und Schließungen von Organisationen haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Für viele Nichtregierungsorganisationen bedeutet das Schrumpfen der Handlungsräume ganz konkrete einschneidende Beschränkungen wie Überwachung, bürokratische Überregulierung und Schikanen, öffentliche Diffamierung und Stigmatisierung, limitierte Finanzierungsmöglichkeiten oder gesperrte Projektkonten, Arbeitsverbote und sehr häufig auch die persönliche Gefährdung. Regierungen begründen die illegitimen Einschränkungen und Maßnahmen oft mit Terrorismusbekämpfung. Die Gefahr geht aber auch von der Gewalt nicht-staatlicher Akteur*innen aus wie bewaffneter oder extremistischer Gruppen oder der organisierten Kriminalität.

Besonders gefährdet sind Minderheiten wie indigene Gruppen, sexuelle Minderheiten, aber auch die Menschen, die sie verteidigen und sich für sie einsetzen. Menschenrechtsverteidiger*innen werden bedroht, verhaftet und ermordet. Viele leiden unter psycho-sozialem Stress.

Auf die Situation der weltweiten Einschränkungen und Unterdrückungen der Zivilgesellschaft im Atlas aufmerksam zu machen, ist uns sehr wichtig. Diese Repressionen bedeuten die grobe Verletzung von fundamentalen Menschenrechten wie Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Wir sehen die Angriffe auf Vereine, Kirchen, Aktivist*innen, Gewerkschaften, unabhängige Medien, soziale Bewegungen und viele mehr auch als Angriffe gegen Demokratie sowie Menschenrechte und als Symptom für ihre weltweite Krise.

Schrumpfende und sich schließende Handlungsräume für die Zivilgesellschaft sind auch ein Angriff auf nachhaltige Entwicklung im Sinne der nachhaltigen

85,7%

aller Menschen leben in Staaten, in denen der Handlungsraum der Zivilgesellschaft beschränkt, unterdrückt oder geschlossen ist.

Nur 170 Millionen Menschen leben in Staaten mit offener Zivilgesellschaft.



2,1% offen (170 Millionen)



12,1% beeinträchtigt (964 Millionen)



14,8% beschränkt (1.176 Millionen)



40,3% unterdrückt (3.203 Millionen)



30,6% geschlossen (2.433 Millionen)

Werte von Brot für die Welt gerundet. Quelle: People Power Under Attack 2023, CIVICUS-Monitor, Dezember 2023

Entwicklungsziele (SDGs). Einschränkungen und Unterdrückung hindern zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer wichtigen Funktion als Entwicklungsakteure. Sie können sich nicht mehr an der Formulierung von Politiken beteiligen, keine Rechte mehr überwachen, ihre Watch-Dog-Rolle nicht mehr einnehmen beziehungsweise den Machthabenden nicht mehr kritisch auf die Finger schauen und sich nicht mehr im gleichen Maß für die Stimmen gefährdeter Bevölkerungsgruppen einsetzen. So besteht die Gefahr, dass benachteiligte Stimmen weniger Gehör finden und das soziale Misstrauen wächst. Letztlich führt es dazu, dass Ungleichheiten wachsen und wirtschaftliche Entwicklungen weniger nachhaltig sind.

›Brot für die Welt‹ beobachtet, dass von Repression besonders die Partnerorganisationen betroffen sind, die sich für Menschenrechte und gegen ungerechte Strukturen sowie Selbstbereicherung politischer und wirtschaftlicher Machthaber*innen engagieren. Vor allem in Schwellenländern stören Rücksichtnahme auf die Umwelt und auf die Menschen- oder Arbeitsrechte in Zeiten der

ökonomischen Aufholjagd. Die Betonung von riesigen Infrastrukturprojekten und Wirtschaftswachstum konkurriert zunehmend mit dem Diskurs über Inklusion und gefährdet so auch den zentralen SDG-Grundsatz »niemanden zurücklassen«.

Reaktion der Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche Initiativen, Netzwerke und Allianzen versuchen dagegenzuhalten: Sie mobilisieren zum Beispiel zu großen Demonstrationen gegen problematische Gesetze wie im Frühjahr 2024 in Georgien gegen den Versuch ein »Ausländisches-Agenten-Gesetz« zu verabschieden. Sie suchen – wenn möglich – den politischen Dialog und versuchen Gesetze positiv zu beeinflussen oder Regierungen in die Pflicht zu nehmen, um die Zivilgesellschaft und Menschenrechte zu schützen und zu unterstützen. Sie erarbeiten Sicherheitskonzepte, beschäftigen sich mit sicherer Kommunikation und IT, um Überwachung zu entgehen. Vor allem in Lateinamerika sind Netzwerke von Menschenrechtsorganisationen entstanden, die Aktivist*innen, die in Lebensgefahr sind, einen Aufenthalt an sicheren Orten bieten, wo sie auch psycho-soziale Unterstützung bekommen können.

Trotz aller Schwierigkeiten: Die Motivation und das riesige Engagement zivilgesellschaftlicher Initiativen, auch unter großen Schwierigkeiten mit innovativen und kreativen Projekten ihre Gesellschaften positiv zu verändern und sich für die Rechte der Benachteiligten einzusetzen sollte uns in Deutschland und Europa Vorbild und Inspiration sein.

Sie und alle anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die sich für so wichtige Themen wie Umwelt und Klima, Menschenrechte, Gerechtigkeit und Frieden einsetzen, brauchen aber auch unser aller Solidarität und unseren Einsatz für den Erhalt von Menschenrechten und von zivilgesellschaftlichen Handlungsräumen weltweit.

Hinweis: Der »CIVICUS Monitor« hat im Laufe des Jahres 2018 die Methodologie verändert.

Christine Meissler ist seit 2013 Referentin für den Schutz der Zivilgesellschaft bei ›Brot für die Welt‹ und inhaltlich mitverantwortlich für den »Atlas der Zivilgesellschaft«.

